

„Für uns. Für morgen!“

GdP-Bundeskongress vom 12. bis 15. September: Personelle und inhaltliche Weichen für die Zukunft werden gestellt.

Anmerkungen von Torsten Jäger

GdP-Landesvorsitzender

Berlin/Kiel – In wenigen Tagen wird im Berliner Kongresshotel „Estrel“ der GdP-Bundeskongress unter dem Motto „Für uns. Für morgen“ stattfinden und die wesentlichen gewerkschaftspolitischen Beschlüsse für die nächsten Jahre diskutieren und entscheiden.

Der gesamte Geschäftsführende Bundesvorstand wird neu zu wählen sein und damit auch eine neue Bundesvorsitzende oder ein neuer Bundesvorsitzender.

„Unser“ Oliver Malchow, von 1997 bis 2013 Landesvorsitzender der GdP Schleswig-Holstein und seit dem 13. Mai 2013 Bundesvorsitzender der GdP als größter Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte in Deutschland mit aktuell mehr als 200.000 Mitgliedern, wird nicht erneut kandidieren.

Oliver und ich haben 1983 gemeinsam in der Landespolizei begonnen. Wir konnten uns damals sicherlich überhaupt nicht vorstellen, was aus uns mal werden würde. Oliver Malchow gebührt ein riesengroßer Dank für sein unermüdliches Engagement und Eintreten für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, für seine Sachlichkeit, seine hohe Kompetenz und Entschlossenheit gepaart mit besonnenem Auftreten.

Der Bundesvorstand hat mit dem ehemaligen Bremer GdP-Landesvorsitzenden Jochen Kopelke einen Vorschlag für die Nachfolge von Oliver unterbreitet, den wir hier in Schleswig-Holstein unterstützen. Wir wünschen ihm, aber auch allen anderen, die sich zur Wahl stellen, viel Erfolg, aber auch die notwendige Kraft, Energie und Gesundheit, um die gewaltigen Aufgaben im Team zu schultern. Sie können sich unserer gewerkschaftlichen Solidarität für das wichtige bundesweite Zusammenwirken gewiss sein. Das unsägliche Auseinanderdriften von Be-



Weggefährten: Oliver Malchow und Torsten Jäger

solidungs-, Beamten-, Versorgungs-, Polizei- und Versammlungsrecht im föderalen System machen die gewerkschaftliche Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Landesbezirken, dem Bezirk Bundespolizei unter der Koordination des Bundesvorstandes und der Begleitung durch hochprofessionelle Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle immer wichtiger. Schließlich ist es das gemeinsame Ziel, möglichst viel für die Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland zu erreichen.

Wir werden in einer vom GdP-Landesdelegiertentag und -vorstand gewählten schleswig-holsteinischen Vertretung nach Berlin reisen. Als Delegationsleiterin wird uns unsere Geschäftsführerin Susanne Rieckhof gut, souverän und mit viel Freude durch die anstrengenden Kongresstage führen.

Während Andreas Kropius beim Bundeskongress in der Verhandlungsleitung unterstützen wird, wird Jörn Löwenstrom die

schleswig-holsteinische GdP in der Antrags- und Beratungskommission vertreten.

Die ungefähr 750 GdP-Kongressteilnehmenden erhalten dabei hohen Besuch. So werden unter anderem der Bundeskanzler Olaf Scholz, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser, der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und bayerische Innenminister Joachim Hermann sowie die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi als Gäste erwartet. Mit ihrer Teilnahme unterstreichen sie ihre Wertschätzung für den Einsatz der Polizeibeschäftigten in Deutschland.

Neben der Möglichkeit des unmittelbaren Austausches mit Spitzenpolitikern wird es natürlich auch sehr umfassende gewerkschaftliche Diskussionen und sehr viel Arbeit geben. So sind mehr als 300 sicherheits- und gesellschaftspolitische Anträge zu debattieren und am Ende zu beschließen. Auch werden wir darüber diskutieren, beispielsweise wie die Satzung modernisiert werden kann, um unter anderem eine



geschlechter- und altersgerechte Verteilung von Mandatsplätzen sicherzustellen oder ein ausgewogenes Verhältnis der Beteiligungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen zu garantieren.

Auch die GdP Schleswig-Holstein verantwortet eine Reihe von Anträgen, die bei unserem 32. Delegiertentag „Zukunft Gemeinsam Gestalten#mit klarer Haltung“ im November letzten Jahres in Travemünde beschlossen wurden. So haben wir Vorschläge erarbeitet, die Angebote zur Einsatzverpflegung anzupassen und auch um eine vegane Komponente zu erweitern. Aber auch die Suche nach weiteren Fördermöglichkeiten für Homeoffice gehört dazu.

Zudem wollen wir Frauen in Führung gezielter gefördert wissen und die Digitalisierung in der Polizei dafür nutzen, die tägliche Arbeit spürbar zu erleichtern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass innerhalb unserer gewerkschaftlichen Organisation ein Nachhaltigkeitskonzept erarbeitet wird. Aber wir wollen auch einen bundesweiten Tag der Polizei als wertschätzenden Ausdruck der Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen erreichen und besser im täglichen Einsatz durch digitale Tatort- und Unfallhelfer in der GdP-App unterstützen.

Wir sind gut vorbereitet, um in Berlin mit unseren Argumenten für unsere Überzeugungen einzutreten, freuen uns zugleich

auf andere oder möglicherweise bessere Argumente. Das Ringen um Mehrheiten durch fachliche und sachliche Argumente ist für mich immer einer der Höhepunkte gewerkschaftlicher Arbeit.

Wir als Schleswig-Holsteiner wollen dazu beitragen, dass auch bei unterschiedlichen Vorstellungen am Ende des GdP-Kongresses ein spürbares Signal der Solidarität steht. Dann wird es weiterhin gelingen, mit starker Stimme, hoher fachlicher Kompetenz sowie großer Mitgliederstärke politisch Einfluss zu nehmen und die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten. Denn das haben unsere Kolleginnen und Kollegen verdient! ■

LANDESPOLITIK

Enttäuschung über 100-Tage-Programm

GdP unzufrieden mit Plänen der schwarz-grünen Landesregierung

Kiel/tgr – Es soll eine Konzeption zum Aufbau einer Cyberhundertschaft erstellt, eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch entwickelt und die personelle Ausstattung bei der Bekämpfung dieser unsäglichen Kriminalität geprüft werden. „Diese schwammigen Formulierungen helfen bei der konkreten Problembewältigung überhaupt nicht. Die Themenfelder sind lange bekannt“, unterstreicht der Landesvorsitzende Torsten Jäger.

Die politische Verantwortung für das Innenministerium habe sich nicht verändert, so Jäger. „Insofern ist bekannt, dass wir gerade im IT-Bereich des Landespolizeiamtes jede Woche Kündigungen und Abwanderungen zu attraktiveren Arbeitgebern wie Dataport registrieren müssen. Es muss sofort gehandelt werden! Es wird Zeit für Konkretes. Uns fehlt an vielen Stellen belegbar das

Personal. Politisches Zögern wird den dringenden Erfordernissen nicht gerecht“, so der GdP-Landesvorsitzende.

Das 100-Tage-Programm erzeugt zunächst wenig Haushaltsrelevanz. Jäger: „Wir werden sehr genau hinschauen, ob die Ankündigungen in den Wahlprogrammen und im Koalitionsvertrag erfüllt werden, einer Rückkehr zur Sicherheitspolitik nach Haushaltslage erteilen wir eine klare Absage!“

Die CDU mit Ministerpräsident Daniel Günther an der Spitze habe vor der Landtagswahl die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizei- und Justizvollzugszulagen zum 1. Januar 2023 versprochen. Repräsentantinnen von Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein hatten in Diskussionen bei GdP-Wahlveranstaltungen Offenheit für die Wiedereinführung signalisiert. Sogar der grüne Bundeswirtschafts-

minister Robert Habeck habe gegenüber der GdP zum Ausdruck gebracht, dass die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit bundesweit nicht an den Grünen scheitern solle. Folglich sei für die Bundespolizei ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zur Wiedereinführung durch die Ampelkoalition in Berlin auf dem Weg gebracht worden.

Die GdP habe sich in der letzten Legislaturperiode auf Absprachen und Zusagen der damaligen Jamaika-Landesregierung verlassen können, stellt Torsten Jäger fest. „Es geht hier um Vertrauen, das möglicherweise auf dem Spiel steht. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit ist ein Versprechen der CDU. Beschäftigte von Polizei und Justizvollzug erwarten Verlässlichkeit!“ ■



Foto: Thomas Gründemann

Seit einem Jahr schleswig-holsteinischer
Polizeiseelsorger: Christian Kiesbye

POLIZEISEELSORGER

Begegnungen mit viel Offenheit und Wohlwollen

Bilanz von Christian Kiesbye nach einem Jahr als
Polizeipastor

Kiel/Eutin – Vor gut einem Jahr wurde Christian Kiesbye bei einem Gottesdienst in der Eutiner Michaeliskirche als Nachfolger von Volker Struve feierlich in das Amt des Seelsorgers der Landespolizei eingeführt. Wie ist das erste Jahr aus Sicht des evangelischen Kirchenmannes verlaufen? DP-Landesredakteur Thomas Gründemann fragte nach.

Sehr geehrter Herr Kiesbye, wie sieht Ihre Bilanz als Polizeiseelsorger nach 12 Monaten aus?

Christian Kiesbye: Ich bin in den Dienststellen der Landespolizei sehr freundlich aufgenommen worden und habe – besonders an der PD AFB – viel, auch ganz praktische Unterstützung meiner Arbeit erfahren und auch viele Antworten auf meine z. T. ahnungslosen Fragen bekommen. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass es von Anfang an Beamte gab, die sich aktiv als Verantwortliche für unsere berufsethischen Seminare (Segel-Seminar „Meer Achtsamkeit“; Sylt-Seminar „Die Polizei – eine ganz besondere Familie“) angeboten haben. Verbessern würde ich gern die Präsenz der Polizeiseelsorge in der Fläche. Darüber werden wir am 25. und 26. August auf einer Klausurtagung mit dem Polizeibeirat beraten.

Als erste Ziele hatten Sie sich im vergangenen Jahr vorgenommen, sich als neuer Polizeiseelsorger gut mit den Berufsethiklehrern zu vernetzen, den Kontakt zum Betreuungsnetzwerk um die Polizeipsychologin Gundhild Ameln aufzubauen und die vielen Dienststellen im Land kennenzulernen. Haben Sie Ihre Ziele erreicht? Sind Sie mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden?

Christian Kiesbye: Es ist mir, glaube ich, gut gelungen, das Vertrauen der „Fachgruppe Berufsethik“ in der PD AFB zu gewinnen. Sehr erfreulich ist es, dass wir in der PD AFB jetzt in die Lage kommen, eine neue Generation von 14 Fachlehrer_innen im Fach Berufsethik ausbilden zu können (November 2022 bis Sommer 2023), die dann zum 1. August 2023 an den Start gehen werden. Frau Ameln und ich sind nach meiner Einschätzung gut miteinander ins Gespräch gekommen. Um die Dienststellen im Lande kennenzulernen, brauche ich noch Zeit. Ein erster Aufschlag in den Direktionen ist gemacht. Auch einige Reviere habe ich – dank des VSK-Systems der Landespolizei, das sich in der Pandemie als außerordentlich nützlich erwiesen hat – virtuell „besucht“ und viele Kolleg_innen kennengelernt. An diesem Punkt braucht es einen langen Atem, und ich muss da auch die Begrenztheit meiner eigenen Ressourcen bedenken. Als tröstlich und entlastend empfinde ich es, dass das behördliche Intranet mir die Möglichkeit gibt, Botschaften zu bestimmten Anlässen (9. November; Weihnachten, Kriegsausbruch am 24. Februar u. a.) zu senden. Die Rückmeldungen zeigen mir, dass solche Botschaften gelesen werden und bei manchen „ankommen“. Aber natürlich kann das den persönlichen Kontakt nicht ersetzen.

Wie begegnen Ihnen die Beschäftigten in der Landespolizei? Wie erleben Sie in der PD AFB den Polizeinachwuchs?

Christian Kiesbye: Mir ist viel Offenheit und auch Wohlwollen begegnet – sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Anwärter_innen. Ausdrücklich erwähnen möchte ich, dass Anwärter und Bedienstete, die konfessionslos oder muslimischen Glaubens

sind, nach meinem Eindruck keine Berührungssängste mit dem christlichen Seelsorger haben. Dazu gehört natürlich auch, dass die Seelsorge in der Polizei keine missionarische Nebenabsicht verfolgt, sondern sich auf die Situation des/der Ratsuchenden einlässt.

Schon nach kurzer Zeit als Polizeiseelsorger sei Ihnen der Wunsch nach Beistand spürbar geworden, hatten Sie im vergangenen Jahr vor Ihrer offiziellen Amtseinführung berichtet. Wie hat sich die Situation seither entwickelt? Welchen Raum nehmen die Beistandsgespräche im täglichen Dienst ein?

Christian Kiesbye: Tatsächlich waren Anfragen nach seelsorgerlichen Gesprächen am Anfang des Ausbildungsjahres besonders häufig. In dieser ersten Zeit der Ausbildung muss sich in den Lehrklassen manches „zurechtruckeln“; das führt für Einzelne manchmal zu erheblichen Konflikten. Auch die Begegnung mit den „Welten der Polizei“ bringt junge Anwärter_innen manchmal in Berührung mit eigenen Erlebnissen, die schwierig waren, wie z. B. Gewalterfahrungen. Daneben ergeben sich aber auch längerfristige Beratungen mit einzelnen Kollegen, die über eine Krisenintervention hinausgehen.

Mit welchen Anliegen oder sogar Sorgen wenden sich Polizistinnen und Polizisten an Sie?

Christian Kiesbye: Anwärter_innen oder Polizist_innen wenden sich an mich, wenn sie das Gefühl haben, im eigenen Leben den Halt zu verlieren. Die Auslöser können dienstlicher oder privater Natur sein.

In der Vergangenheit wurden von Einzelnen der Umgang und die Kultur in der Landespolizei bemängelt und insbesondere Führungskräfte kritisiert. Wie ist Ihre Wahrnehmung und Meinung dazu?



Christian Kiesbye: Dazu kann ich mir nach heutigem Stand noch kein Urteil erlauben. Ich war noch zu selten in Konflikte zwischen Vorgesetzten und Nachgeordneten eingebunden. In mehr als einem Fall habe ich allerdings erlebt, dass die Rede von der „Fürsorgepflicht des Dienstherrn“ in unserer Landespolizei sehr ernst genommen wird. Ich finde es bemerkenswert, wie viele Hilfs- und Unterstützungsangebote es in der Landespolizei gibt. Trotzdem kommt es gelegentlich vor, dass ein Kollege sich allein gelassen oder überfordert fühlt.

Ende Januar wurden eine junge Polizistin und ein Polizist im Landkreis Kusel (Rheinland-Pfalz) im Nachtdienst ermordet. Welche Stimmungen und Beobachtungen haben Sie in dieser Zeit bei den hiesigen Polizistinnen und Polizisten erlebt. Wie haben Sie als Seelsorger helfen können?



Christian Kiesbye bei seiner feierlichen Amtseinführung in der Eutiner Michaeliskirche

Christian Kiesbye: Der Doppelmord von Kusel hat die Polizeien in ganz Deutschland zutiefst erschüttert. Unsere Anwärtinnen in Altenholz und Eutin waren besonders betroffen, weil eine der beiden Ermordeten noch Praktikantin war. Wir haben an der Engel-Gedenkstätte in Eutin in den Tagen danach zweimal mit Führungskräften innegehalten. Auch wurde ich gebeten, einen Text zu verfassen, den die Lehrgruppenleiter in ihren Lehrgruppen verlesen konnten. Im Intranet konnte ich eine Bot-

schaft an alle Kolleg_innen im Land veröffentlichen.

Nach Ihren Erfahrungen in dem ersten Jahr – was wünschen Sie sich von und für die Landespolizei SH?

Christian Kiesbye: Ich wünsche unserer Landespolizei, dass uns – neben dem kleinen Ärger über manches Unvollkommene – der Blick dafür nicht verlorengelht, dass wir in einem guten und friedlichen Land leben. Zugleich brauchen wir ein Gespür dafür, dass der innere Frieden zerbrechlich ist. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger_innen und Polizei ist kostbar und bedarf der Pflege. Ich wünsche unserer Landespolizei, dass alle Vollzugsbeamt_innen an Leib und Seele unversehrt von ihrem Dienst nach Hause zurückkehren können – und andernfalls die Hilfe finden, die sie benötigen. ■

Und wie wird Christian Kiesbye in seinem seelsorgerischen Engagement wahrgenommen?

Maren Freyher: Pastor Kiesbye ist sehr wohltuend

Anerkennende Worte findet Maren Freyher, die Leiterin der PD AFB Eutin, dem Amtssitz des Polizeiseelsorgers, für Kiesbye. Sie habe Pastor Kiesbye in seinem ersten Jahr als sehr engagiert und an den Themen der PD AFB und der Landespolizei SH außerordentlich interessiert erlebt, so die Leitende Polizeidirektorin. Vor allem für seinen Einstieg in das Thema „Berufsethik“, aber insbesondere für die Zuewendung für die Berufsethik-Fachlehrer_innen sei sie Kiesbye sehr dankbar. „Seine konzeptionellen Überlegungen und sein Netzwerk innerhalb der für Berufsethik Verantwortlichen auf der Bund-Länder-Ebene sind zielführend und gewinnbringend für die PD AFB und für die Landespolizei“, ergänzt Freyher. Pastor Kiesbye sei es gelungen, innerhalb kürzester Zeit neue BE-Fachlehrer_innen für die Nebentätigkeit zu gewinnen. „Das bewerte ich als hohen Vertrauensvorschuss für ihn. Seine dem Menschen zugewandte und zuhörende Art sowie seine Empathie und seine Ruhe sind für alle sehr wohltuend“, würdigt die Leitende Po-

lizeidirektorin den evangelischen Kirchenmann. Die Trauerbegleitung Kiesbytes anlässlich von Sterbefällen in Familien und im Zusammenhang mit der Ermordung der Kollegin und des Kollegen im LK Kusel blieben zudem nachhaltig in Erinnerung. „Diese Erfahrungen verdeutlichen und öffnen die Optionen einer sehr verlässlichen Seelsorge“, unterstreicht Maren Freyher.

Michael Wilksen: Kiesbye ist Glücksfall für die Landespolizei

Beeindruckt von der Arbeit Christian Kiesbytes zeigt sich auch Landespolizeidirektor Michael Wilksen. „Pastor Kiesbye ist aus meiner Sicht ein Glücksfall für die Landespolizei: Nach dem Weggang des geschätzten und geachteten Volker Struve war ich gespannt auf seine Nachfolge. Sehr schnell konnte ich in unseren Begegnungen die menschliche, verbindliche und zupackende Art sowie die hohe Kompetenz von Christian Kiesbye feststellen“, hebt Wilksen hervor. Auf die Gespräche mit dem Polizeiseelsorger freue er sich immer, da diese sehr angenehm, tiefgreifend und gewinnbringend seien. „Dabei konnten wir unse-

re gemeinsame Sichtweise auf Werte und Haltungen erfahren“, ergänzt der Landespolizeidirektor. Wilksen erinnert an den 27. Januar dieses Jahres, dem Holocaust-Gedenktage. „Da nahmen wir an einer Kranzniederlegung der Landespolizei auf dem Jüdischen Friedhof in Rendsburg teil und wohnten abends einem Gottesdienst im Lübecker Dom bei. Dieser Tag und das gemeinsame Gedenken haben mich stark beeindruckt. Diesen Weg der damit verbundenen ethischen Ausrichtung wollen wir weiter zusammen beschreiten“, unterstreicht Michael Wilksen.

GdP: Wechsel ist problemlos verlaufen

Und auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zollt Christian Kiesbytes Respekt. „Es ist für die Landespolizei und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen wichtig gewesen, dass der Wechsel beim Polizeiseelsorger so problemlos verlaufen ist. Die GdP schätzt das große Engagement, mit dem sich Christian Kiesbye im zurückliegenden Jahr für die Polizeibesetzten eingebracht hat“, so der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger. ■



INTERVIEW

Im Gespräch

Vorgestellt: Karen Zink und Angela Spohn – Gleichstellungsbeauftragte des Landespolizeiamtes

Karen Zink ist seit 1. Juni 2017 Gleichstellungsbeauftragte (GB) im Landespolizeiamt. Die 58-jährige Polizeihauptkommissarin hatte zuvor aber schon in verschiedenen Dienststellen Erfahrungen als Gleichstellungsbeauftragte gesammelt. In ihrer Dienstzeit hat Karen Zink in verschiedensten Funktionen bei der Schutz-, aber auch bei der Kriminalpolizei gearbeitet. Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann und ihren Katzen in Treia, Kreis Schleswig-Flensburg.

Angela Spohn ist seit Dezember 2017 Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte des Landespolizeiamtes. Sie hat 1989 ihren Dienst bei der Landespolizei begonnen. Die Wasserschutzpolizistin wurde 1972 im Kreis Rendsburg-Eckernförde geboren. Angela Spohn ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann Marco sowie den drei Söhnen Lucas (17), Leon (14) und Lars (12) seit 2001 in Kiel.

Nachgefragt

Wie bist du in die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten gekommen?

Karen Zink: Als eine Frau aus dem zweiten Jahrgang von Frauen in der Schutzpolizei hat es sich so ergeben, dass ich dieses Amt auf jeder Dienststelle übernommen habe, auf der ich anfang. Bis ich 2017 auf die Interessenbekundung für die Stelle im LPA reagiert habe, habe ich die Funktion, wie die meisten Kolleginnen, zusätzlich im Nebenamt ausgeübt.

Angela Spohn: Im Laufe des Jahres befand ich mich auf dem WSPR Kiel und hatte die 20 Jahre Schichtdienst bereits hinter mir gelassen. Ich wollte auch irgendwann in den Tagesdienst wechseln, aber so richtig habe ich auch nicht gesucht. Und dann wurde ich

von dieser Interessenbekundung gefunden; sie war in meinem persönlichen Postfach.

Was macht für dich den Reiz an dieser Aufgabe aus?

Karen Zink: Mir gefällt, dass es eine sehr vielseitige, eigenverantwortliche Aufgabe ist. Ich arbeite gern für und mit Menschen, auch wenn es unterschiedliche Sichtweisen auf Themen gibt – oder vielleicht auch gerade dann. Es gibt aus meiner Sicht einiges, was wir für die Mitarbeiterschaft, aber auch für die Organisation Polizei verbessern können, auch wenn wir hier und da auf einem guten Weg sind.

Angela Spohn: Ich kann nicht sagen, dass es reizvoll ist, diese Aufgabe zu übernehmen, es ist ja auch nicht immer alles leicht. Für mich war es auf jeden Fall eine Herausforderung, da ich mit vielen Themen, die wir bearbeiten, beispielsweise Beurteilungen, Personalentwicklung, Organisationsänderungen und Stellenauswahl Beamte und Tarif, vorher noch nie etwas zu tun hatte.

Warum ist dir die Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte so wichtig?

Karen Zink: Ich habe eine ganze Zeit gebraucht, bis ich festgestellt habe, dass das LBG nicht alles regelt und es eine Gleichstellung nicht geben wird, ohne dass sich jemand besonders darum kümmert. Trotz der langjährig bestehenden Verpflichtungen aus dem Grundgesetz, unserer Landesverfassung und dem GstG haben wir tatsächliche Gleichstellung noch nicht erreicht. Seitdem ich das aus einer Vielzahl von Situationen weiß, ist mir das Thema wichtig und ich setze mich gern dafür ein. Es ist aus meiner Sicht falsch, auf die Kompetenzen von Frauen in vielen Bereichen zu verzichten bzw. vorhandene Möglichkeiten nicht auszuschöpfen. So wünsche ich mir z. B., dass wir mehr Weiblichkeit in Führungsfunktionen haben und damit auch andere Sichtweisen, eine andere Art der Wahrnehmung oder der Kommunikation.

Angela Spohn: Was Frauen bisher erreicht und sich teilweise hart erkämpft haben, auch mithilfe der Gleichstellungsbeauftragten, sollte nicht übersehen werden.

Hast du für deine Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte einen Grundsatz?



Karen Zink



Angela Spohn



Karen Zink: Die Fähigkeit, Sachverhalte differenziert zu betrachten und die Menschen, die beteiligt sind, zu sehen.

Angela Spohn: Da wir als Behörde uns daran messen lassen müssen, wie wir miteinander umgehen, bin ich für einen gerechten, ehrlichen Umgang, der ohne falsche Karten auskommt. Das gilt insbesondere im Vergleich zwischen Kolleginnen und Kollegen.

Hast du ein Thema, das dir als Gleichstellungsbeauftragte besonders am Herzen liegt?

Karen Zink: Zum einen die schon erwähnte Besetzung auch von hochwertigen Dienstposten mit mehr Frauen, aber auch die Stärkung und Akzeptanz der Gleichstellungsbeauftragten in den Dienststellen.

Angela Spohn: Das Thema Beurteilungen/ Personalentwicklungsmaßnahmen bewegt mich natürlich immer. Aber insbesondere die Thematik Beruf und Familie lässt mich nicht los. Und ich halte es auch für die Zukunft sehr wichtig, da sich unsere gesellschaftlichen Normen, Überzeugungen und Lebenseinstellungen verändern.

Dein Hobby?



Karen Zink: Malen, segeln, Bewegung an der frischen Luft.

Angela Spohn: Lesen und unser Garten! Das Obst- und Gemüsebeet ist zeitaufwendiger, als ich dachte, und Blumen müssen überlebenswillig sein, sonst dürfen/können sie nicht bleiben.

Hast du ein Lebensmotto?

Karen Zink: Nein, mehrere. ☺ Ich halte es aber gern wie eine berühmte Frau – Astrid Lindgren –, die gesagt hat: „Freiheit bedeutet, dass man nicht alles unbedingt so machen muss wie andere Menschen.“

Angela Spohn: Ich habe kein richtiges Motto, aber folgender Spruch passt ganz gut zu mir:

„Stark ist nicht, wer Schwächere unterdrückt. Stark ist, wer Schwächeren zu Hilfe kommt!“

Was bringt dich zur Weißglut?

Karen Zink: Ich kann Ungerechtigkeiten und schlechtes Benehmen schwer ertragen, zur Weißglut bringt es mich nicht – ich wüsste auch nichts, was mich in diesen Zustand versetzen könnte.

Angela Spohn: Lügen ist eines der Dinge, die mich auch privat wirklich ärgern.

Wie vertreibst du dir schlechte Laune?

Karen Zink: Mit Bewegung oder Zusammensein mit lieben Menschen.

Angela Spohn: Musik von meiner Lieblingsband vertreibt mir schlechte Laune.

Was wünschst du dir für die dienstliche bzw. persönliche Zukunft?

Karen Zink: Meine dienstliche Zukunft ist relativ überschaubar, sodass ich mir keine bzw. wenig Gedanken über Wünsche/Erwartungen mache. Ich möchte diese Aufgabe an eine engagierte Kollegin weitergeben und bin zuversichtlich, dass das möglich ist. Persönlich ist es mir wichtig, dass meine Lieben und ich gesund bleiben, den Rest kriegen wir dann schon hin.

Angela Spohn: Dienstlich wünsche ich mir, dass ich mir meiner vielen Aufgaben immer bewusst bin und das Ziel nicht aus den Augen verliere. Persönlich wünsche ich mir, dass unsere Kinder in eine verlässliche Zukunft gehen und wir daran noch lange teilhaben können. ■



Redaktionsschluss

der Ausgabe 10/2022:

Dienstag, 6. September 2022



Mein Schiff.

Eine Klasse für mich.



URLAUB VORAUSS.

WESTLICHES MITTELMEER NORWEGEN MIT OSLO
MIT LA SPEZIA

Mein Schiff 2

07.05. - 14.05.2023

7 Nächte • Innenkabine Kat. C

Mein Schiff 1

14.05. - 22.05.2023

8 Nächte • Innenkabine Kat. C

ab **899 €****

ab **1.449 €****

PREMIUM ALLES INKLUSIVE*

HIER
ATTRAKTIVE
ANGEBOTE
SICHERN



PSW-Reisen

Kiel

Tel: 0431 - 170 93

Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Lübeck

Tel: 0451 - 50 21 736

Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de



* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

** Preis p.P. im PRO-Tarif bei 2er-Belegung einer Innenkabine ab/bis Hafen inkl. 150,- € Frühbucher-Ermäßigung (limitiertes Kontingent) bei Buchung bis max. zum 30.09.2022. An-/Abreise nach Verfügbarkeit zubuchbar.

TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland
Stand: 07/2022



„Jobrad für alle in der Landesverwaltung“

Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes +++ GdP fordert einfache, klare und transparente Regelungen für Tarifbeschäftigte

Kiel/tg – Die schleswig-holsteinische Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürwortet ausdrücklich die Einführung des Jobrades im Bereich der Landesverwaltung, insbesondere aus Erwägungen der Nachhaltigkeit, Gesunderhaltung, Wertschätzung und Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Während vor allem die Einführung des Jobrades für die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei und des Justizvollzugs in Schleswig-Holstein die Zustimmung der GdP findet, wird eine gleiche Regelung für Tarifbeschäftigte zum jetzigen Zeitpunkt noch kritisch betrachtet.

Warum die Bedenken für die Tarifbeschäftigten?

Die Finanzierung soll nach Erkenntnissen der GdP durch eine „Entgeltumwandlung“ erfolgen. „Und dies gegebenenfalls mit unklaren Auswirkungen auf die Sozialleistungen und möglicherweise sogar nachteiligen Folgen für den eigenen Rentenverlauf. Das können wir so nicht gutheißen“, erklärte Matthias Paulke, Stellvertretender Vorsitzender der Tarifkommission, nach einer Sitzung des GdP-Landesvorstandes in Kiel.



Foto: Susanne Rieckhoff

durch die Absenkung des zu versteuernden Bruttoentgelts. Die „Entgeltumwandlung“ ist aktuell nur im Bereich der Betriebsrente der VBL möglich, nicht jedoch für Fahrradleasing. Hier fehlen derzeit bundeseinheitliche tarifliche Regelungen, die von den Tarifvertragsparteien zu treffen sind. Ein folglich nach GdP-Auffassung notwendiger „Tarifvertrag Fahrradleasing: Jobrad für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder“ existiert bis heute nicht.

„Das ist alles viel zu kompliziert!“, verdeutlicht Paulke auch im Namen der Tarifkommission der schleswig-holsteinischen GdP. Deshalb fordert der GdP-Landesvorstand einstimmig einfache, klare und transparente Regelungen für das Jobrad. Diese müssten für die Tarifbeschäftigten ein zinsloses Darlehen, einen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro netto pro Jobrad sowie die Beteiligung des Landes an den Versicherungs- und Wartungskosten beinhalten. Matthias Paulke unterstreicht: „Auch Tarifbeschäftigte müssen von den Vorteilen eines Jobradangebotes profitieren.“

Zur Erklärung

Bei der zur Rede stehenden Form der „Entgeltumwandlung“ zahlen Arbeitnehmer:innen einen Teil des Bruttoentgelts für die Nutzung des Jobrads. Der Steuervorteil entsteht

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de